

18. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion der CDU

Wohnen zur Chefsache machen: Lenkungsgruppe Wohnungsbau in der Senatskanzlei zur Kontrolle der Bausenatorin einrichten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Berlin braucht eine stärkere politische Steuerung des Wohnungsneubaus.

Für die Beschleunigung und zügige Umsetzung des notwendigen Wohnungsneubaus in Berlin richtet der Senat von Berlin eine Lenkungsgruppe unter Federführung des Regierenden Bürgermeisters in der Senatskanzlei ein. Diese tagt regelmäßig (mindestens 1 x monatlich), um Konflikte oder ungewünschte Verzögerungen bei geplanten, größeren Wohnungsbauprojekten zu lösen und eine schnelle Realisierung zu ermöglichen.

Der Senat sollte darüber hinaus verbindliche Zielzahlen festlegen und über die Umsetzung dieser Wohnungsbauziele regelmäßig an das Abgeordnetenhaus berichten.

Begründung:

Die Beschleunigung des Wohnungsneubaus ist eine der größten Herausforderungen in unserer wachsenden Metropole. Dennoch scheitert der Senat an sich selbst und verfehlt die selbst ausgerufenen Ziele.

Bereits im Jahr 2017 hat der Senat mit Bausenatorin Lompscher die eigenen Wohnungsbauziele verfehlt. Wie die SPD-Fraktion zutreffend feststellt ist in der politischen Führung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen „bisher keine nachhaltige positive Stra-

tegie erkennbar“, die den Neubau von Wohnungen unterstützt. (Resolution der SPD-Fraktion, 20. Januar 2018).

Dabei sind die Rahmenbedingungen für die Ankurbelung des Wohnungsbaus, etwa die Finanzmittel, gegeben. Nötig ist eine Kooperationskultur im Senat, die verlässliche Planungen ermöglicht, Bauphasen nicht verlängert sowie entstehende Verzögerungen schnell und umfassend beseitigt.

Die SPD-Fraktion hat Mitte Januar die Missstände in der Senatspolitik des Wohnungsbaus zutreffend analysiert (daher stammen mehrere Formulierungen dieses Antrages aus dem Fraktionsbeschluss vom 20. Januar 2018) und damit die bisherige Position der hier antragstellenden CDU-Fraktion übernommen. Auch der Regierende Bürgermeister hat diesem einstimmigen Fraktionsbeschluss zugestimmt. Bei der Analyse darf es aber nicht bleiben.

Der Regierende Bürgermeister ist aufgefordert, nicht länger bei den Misserfolgen der Wohnungspolitik seines Senats zuzusehen, sondern das Thema Wohnen zur Chefsache zu erklären.

Berlin, 24. Januar 2018

Graf Melzer Gräff Evers
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU